Verbindung mit der Reichsbank — auch die beiden obigen Pläne sehen ja eine Beteiligung der Reichsbank und spätere Verstärkung ihres Einflusses vor — von Georg Bernhard im Sinne der von ihm ausgehenden geschäftsordnungswidrig zustande gekommenen Entschließung des Reichswirtschaftsrats ausgedeutet wird, die die Reichsbank zur Trägerin der Währungsreform machen will, so stehen dieser Auslegung doch Informationen an „zuständiger Stelle" entgegen. Aus der Zusammensetzung des gegenwärtigen Kabinetts mit seinem starken sozialistischen Einschlag ist es leicht zu erklären, wie schwer es einem sozialistischen Finanzminister fallen muß, die neue Währung einer privaten Notenbank zu übergeben. Schließlich wird aber auch Herr Hilferding nicht um die Tatsache herumkommen, daß es staatlichen Zwangsmaßnahmen nie gelingen wird, die als Grundlage einer neuen Währung notwendigen Devisen herauszubekommen, wenn nicht das Vertrauen der deutschen Wirtschaft, am meisten natürlich zu einer eigenen Gründung, hinzukommt. Dieses Moment des Vertrauens ist aber weder in einem Reichsinstitut noch in einer von der Reichsbank abhängigen Organisation gegeben. Vielmehr zeigt die unvermindert starke Kauflust für Devisen in den letzten Tagen, daß besonders die Spekulation der vielen Hintertüren sicher zu sein glaubt, die Devisen der bevorstehenden Erfassung durch den Devisenkommissar zu entziehen. Es wird darum schwerlich möglich sein, zwangsweise einen genügend großen Devisenfonds anzusammeln, um auf ihm die neue Währung aufzurichten. Das scheint man im Reichsfinanzministerium längst eingesehen zu haben, da, wie es jetzt heißt, weniger die Frage des privaten Aufbaues des neuen Noteninstituts als die des Staatskredits bei den Erörterungen über die Währungsreform im Vordergrund steht.

Mit dieser Frage des Staatskredits aber ist das Schicksal der Papiermark aufs allerengste verbunden. Alle neuen Währungsprojekte sehen zur Ueberwindung der finanziellen Schwierigkeiten des Staates Kredite an das Reich vor, deren enge Begrenzung natürlich sowohl vom währungspolitischen Standpunkte aus wie auch wegen der absoluten Notwendigkeit eines budgetären Ausgleichs gegeben ist. Es ist selbstverständlich von vornherein klar, daß sich der Uebergang des Staates von der furchtbaren Pump- und Inflationswirtschaft zu einer geordneten Steuer- und Kreditwirtschaft nur unter den allergrößten Schwierigkeiten vollziehen kann. Er wird für den demokratisch sozialistischen Staat von heute mit seinen parlamentarischen und parteipolitischen Abhängigkeiten ganz besonders schwer werden. Aber wenn man an alle vorliegenden Währungsprojekte in erster Linie unter dem Gesichtspunkt herantritt, wie hoch der Staatskredit ist, den man bei ihrer Verwirklichung herausschlägt, so wird man bei jedem Bankprojekt, das man neu herausbringt oder das man, wie es jetzt anscheinend Zulage treten wird, durch eine Verschmelzung verschiedener Pläne erhält, sehr bald erkennen müssen, daß man den Staatskredit nicht erweitern kann, ohne die sichere Fundierung der neuen Währung zu gefährden. Sollte aber die Ankündigung der Fortdauer der Papiermark als gesetzlichen Zahlungsmittels mehr sein als eine Beruhigungspille, sollte man der Ansicht sein, daß sich neben den neuen Goldnoten die Papiermark als selbständiges Zahlungsmittel aufrecht erhalten läßt, das weiterhin ein bequemes Mittel bleibt, um fortbestehende ungedeckte Staatsausgaben zu bestreiten, so gefährdet man dadurch nicht nur die neue Währung, sondern treibt zur Katastrophe. Man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß mit dem Augenblick der Ausgabe neuen wertbeständigen Geldes nicht nur die Geschäftswelt, sondern in steigendem Maße auch alle Lohn-, Gehaltsempfänger und Beamte mehr und mehr die sich immer weiter verschlechternde Papiermark ablehnen und Bezahlung in Goldnoten verlangen werden. Mit dieser Repudiation ist das Ende der Papiermark jedenfalls noch schneller da, als es ohne die neue Währung der Fall wäre. Leider lassen alle amtlichen Auslassungen den Befürchtungen breitesten Raum, daß man sich in der gewaltsam zu stützenden Papiermark weiter die Möglichkeit bequemer Finanzierung ungedeckter Staatsausgaben erhalten will, wodurch allerdings jede Regelung des Finanzproblems von vornherein illusorisch würde.

Die Schaffung einer neuen Goldwährung ohne die feste Absicht, nach einer durch den Kredit der neuen Notenbank ermöglichten Uebergangszeit zu einem Ausgleich des Budgets, zu einer rücksichtslosen Beschränkung der Ausgabenseite und einer neuen Fundierung der Einnahmen auf Goldsteuern und Goldkredite zu kommen, ist ein vollkommen nutzloser Versuch. Er konnte in Rußland mit seiner unentwickelten Wirtschaft mit dem Tscherwonetz gemacht werden, der heute neben dem sinkenden Sowjet-Rubel noch Goldparität hat, aber er würde sich in der komplizierten deutschen Wirtschaft als vollkommen untauglich erweisen. Die Sanierung der Reichsfinanzen ist die Voraussetzung der neuen Währung, aber auch der gleichzeitigen Parallelwährung von Gold- und Papiermark, die selbstverständlich zunächst kommen muß. Man kann dabei aber nicht die neue Währung auf Goldparität halten, während die Papiermark weiter rettungslos abgleitet. Es gibt vielmehr nur den einen Ausweg, den sowohl der Helfferichsche wie der Industrieplan vorsieht, daß nämlich mit Hilfe von staatlichen Einnahmen aus der neuen Notenbank vom Staate Reichsschatzwechsel bei der Reichsbank zurückgekauft und von der Reichsbank für diese Beträge Papiermarknoten eingelöst werden. Die Möglichkeit und die Gewißheit der späteren Einlösung der Papiermark in Goldnoten oder auch in Goldanleihe wird allein ein Abgleiten der Papiermark ins Bodenlose mit allen schweren Folgen der Annahmeverweigerung verhindern können. Nur wenn der Papiermarkbesitzer die Sicherheit hat, daß die Papiermark nach Einführung der neuen Währung nicht wertlos wird, wird sie neben den Goldnoten als Zahlungsmittel Bestand haben. Es wird so automatisch eine Stützung der Papiermark erreicht, die auf anderem Wege aussichtslos ist. Aber jede Voraussetzung für die Goldnoten wie für die Parallelwährung ist die absolute Notwendigkeit, zu einem Ausgleich der Reichsfinanzen und, wie wir bereits früher ausgeführt haben, zu einer produktiven Gestaltung der ganzen deutschen Wirtschaft zu kommen. Die Währungsfrage ist nur ein Teilproblem, das ohne den festen Entschluß zur wirtschaftlichen Sanierung nicht endgültig gelöst werden kann.

Meutereien unter der Ruhrbesatzung.

Berne, 13. Sept. Ein Teil der auf Zeche „Julia" in Baukau untergebrachten Mannschaften des 17. französischen Jägerbataillons meuterte. Sie warfen die Schilderhäuser um, zerschnitten Sicherheitsdrahtverhaue und warfen die Gewehre fort. (W. T. B.)

Eine Entschließung französischer Sozialisten gegen das Ruhrunternehmen.

Paris, 13. Sept. Die sozialistische Partei hatte für gestern abend eine Protestversammlung gegen den französischen Nationalismus und die faschistische Politik Italiens einberufen. Es sprachen mehrere sozialistische Redner, darunter Jean Longuet, der in seiner Ansprache unter starkem Beifall die Leiden der deutschen Arbeiterschaft u. a. mit den Leiden der nordfranzösischen Bevölkerung während des Krieges verglich. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, **in der die französische Regierung aufgefordert wird, binnen kürzester Frist eine Verständigung mit Deutschland in der Reparationsfrage auf anderem Wege als durch die Ruhrbesetzung anzustreben. Falls das Ruhrabenteuer noch weiter betrieben werde, so wäre es imstande, eine Aera des Elends, der Gewalt und Anarchie für Deutschland und das gesamte zivilisierte Europa herbeizuführen.** Der italienische Faschismus drohe einen neuen Krieg herbeizuführen. Schließlich spricht die Entschließung das Bedauern der Versammelten über das Vorgehen Frankreichs gegen den Völkerbund aus. (W. T. B.)

Zwei französische Offiziere angeschossen.

Münster, 13. Sept. Auf der Straße von Horstmar nach Lünen sind, wie verlautet, am Abend des 10. September zwei französische Offiziere von unbekannten Tätern angeschossen worden. Näheres über den Vorfall ist noch nicht bekannt. (W. T. B.)

Die Erwerbslosenfürsorge im Reichsrat.

Forderung nach produktiver Erwerbslosenfürsorge.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 13. Sept. Mit der Frage der Erwerbslosenfürsorge hatten sich die Ausschüsse des Reichsrates in zwei Sitzungen befaßt, an denen auch Finanzminister Hilferding selbst teilnahm. Zwischen den Ausschußmitgliedern und der Reichsregierung ergab sich Uebereinstimmung darüber, daß gegen die Fortsetzung der Arbeitslosenunterstützung, die nur als vorübergehende Maßnahme gedacht war, große Bedenken finanzieller und politischer Art bestanden. **Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist von 185 900 am 1. Juli auf 800 000 am 1. September gestiegen und es steht, wie auch in den Beratungen zum Ausdruck kam, noch eine ganz gewaltige Steigerung in Aussicht. Auch die Höhe der Unterstützungen ist entsprechend der Geldentwertung ständig gewachsen. Die Gesamtausgaben des Reiches für die Erwerbslosenfürsorge beliefen sich in voriger Woche täglich auf 2 Billionen; in dieser Woche sind sie bereits auf 6 Billionen gestiegen. Wie lange Zahlungen in dieser Weise möglich sein werden, ist in höchstem Maße zweifelhaft.**

Weitere Bedenken sahen die Ausschüsse des Reichsrates darin, daß infolge der Unterstützung einzelne Erwerbslose sich nicht energisch genug um Ausfindigmachung einer neuen Arbeitsstelle bemühen. Mit Nachdruck wurde auch darauf hingewiesen, daß nur zu oft radikale Elemente die Gelegenheit benutzt haben, da sich bei den Geld- und Zahlstellen die Erwerbslosen in großen Mengen sammeln, um die Massenaufzuhetzen. Nach längeren Beratungen haben die Ausschüsse sich auf folgende

Resolutionen

geeinigt, die Reichsregierung zu ersuchen

1. im Reichstag auf schleunigste Verabschiedung des Gesetzes über die Erwerbslosenversicherung hinzuwirken,
2. **eine produktive Arbeitslosenfürsorge schnell und nachdrücklich zu fordern und dabei der Förderung des Wohnungsbaues besondere Aufmerksamkeit zu schenken,**
3. ausreichende Mittel zur Durchführung der produktiven Arbeitslosenfürsorge zu stellen,
4. **durch jede geeignete Maßnahme der Stillegung der Betriebe entgegenzuwirken.** Die Vollversammlung schloß sich diesen Resolutionen an.

Angenommen wurde sodann eine Verordnung über die Ablieferungspflicht von Devisen, die auf Grund des Notgesetzes erlassen ist. Regierungsseitig wurde dazu erklärt, daß die Reichsregierung veranlassen werde, daß der Kommissar für Devisenerfassung hinsichtlich des Prozentsatzes der abzuliefernden Devisen grundsätzlich den bestehenden Zustand aufrechterhalte. Insbesondere sollen Exporteure, die zulässigerweise ihre inländischen Lieferanten in Devisen bezahlen, von der Ablieferungspflicht insoweit befreit werden. An ihrer Stelle sollen die ausländischen Lieferanten ablieferungspflichtig gemacht werden. Weiter erklärte sich der Reichsrat dann mit einer Verdoppelung der Steuerabzüge bei der Lohnsteuer einverstanden, mit einer Aenderung des Reichsbankgesetzes, die durch die Ausgabe wertbeständiger Kredite notwendig wird, mit einer Verordnung zur Entlastung der Gerichte, die die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Zivilsachen auf 500 Millionen begrenzt, weiter mit einer Erhöhung der Standesamtsgebühren um das 100fache, wodurch das Heiraten sehr teuer wird.

Streikgefahr im Bankgewerbe.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 13. Sept. Im deutschen Bankgewerbe bereitet sich eine bedrohliche Situation vor. Wegen Tarifstreitigkeiten haben die Hamburger und die Berliner Bankangestellten die Verweigerung der Ueberstundenarbeit beschlossen und eine neue Entlohnung in Festmark verlangt. Da außer von Leipzig auch von anderen Bankplätzen Nachrichten vorliegen, die die Lage bedrohlich erscheinen lassen, hatte das Reichsarbeitsministerium am Donnerstag die Spitzenverbände der Bankangestellten zu einer Sitzung eingeladen, insbesondere auch, da der Reichsverband der Bankleitungen vom Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches, den die Angestellten abgelehnt hatten, verlangte. Die Vertreter der Angestelltenorganisationen wiesen auf die schweren wirtschaftlichen Folgen hin, die ein allgemeiner Bankbeamtenstreik für das gesamte Wirtschaftsleben haben würde, da in diesem Falle die gleichen Verhältnisse eintreten würden, wie bei dem Buchdruckerstreik in den Notendruckereien vor einigen Wochen. Die Angestelltenvertreter forderten Entlohnung der Angestellten in Festmark, und zwar wurde für einen 20jährigen Angestellten ein Betrag von 20 Festmark pro Woche, multipliziert mit der jeweiligen Jahreszahl, für einen 40jährigen Angestellten das Doppelte und so steigend bis zu einem Wochenlohn von 65 Festmark verlangt. Es wurde darauf hingewiesen, daß eine Ablehnung dieser Forderungen mit einem allgemeinen Streik im deutschen Bankgewerbe beantwortet werden würde.

Teuerungsdemonstrationen in Beuthen.

Beuthen, 13. Sept. Infolge der außerordentlichen Preissteigerung fanden heute mittag große Demonstrationen statt. Verschiedene Kaufleute wurden von der Menge gezwungen, die Waren zu bedeutend herabgesetzten Preisen abzugeben. Vereinzelt wurden auch Waren ohne Bezahlung genommen. Die Polizei konnte die Ruhe vorübergehend wieder herstellen. In den Nachmittagsstunden nahmen die Demonstrationen größeren Umfang an. **Die Menge drang an verschiedenen Stellen der Stadt in die Geschäfte ein und versuchte zu plündern. Hierbei wurden auch Schaufenster eingeschlagen. Auf dem Ring versuchte die Menge, die Polizei ins Rathaus abzudrängen und zu entwaffnen. Nachdem einzelne Schupobeamte tätlich angegriffen worden waren, wurden in der Notwehr etwa 50 Schüsse abgegeben. Hierbei wurden, obwohl die Schupobeamten meist in die Luft schossen, ein Arbeiter durch einen Kopfschuß getötet, ein anderer Demonstrant durch Kopfschuß so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.** Zwei weitere Personen erlitten leichtere Verletzungen. Hierauf wurden die Hauptstraßen abgesperrt und die Demonstranten in die Nebenstraßen abgedrängt. Etwa 10 Personen wurden verhaftet. Kurz nach 7 Uhr fielen erneut Schüsse im Stadtzentrum. (W. T. B.)

Beuthen, 13. Sept. 8 Uhr 30 Min. Die Stadt ist jetzt ruhig, nachdem die Hauptstraßen durch blindes Schnellfeuer aus Panzerautomobilen gesäubert und die Demonstranten in die Nebenstraßen abgedrängt worden sind. Verschiedentlich wurden noch im Laufe des Abends Schaufenster eingeschlagen. Zu Plünderungen kam es aber nicht. Auch mehrere Verhaftungen wurden noch vorgenommen. Der private Telephonverkehr ist gesperrt worden. (W. T. B.)

Preischaos in Berlin.

Berlin, 13. Sept. Auf dem Lebensmittelmarkt zu Berlin ist ein vollständiges Preischaos eingetreten. Kein Konsument weiß mehr, was er in den nächsten Stunden zu bezahlen haben wird, **da sowohl in den Markthallen wie in den Ladengeschäften die Preise tagsüber fünf- bis sechs- und oft sogar noch mehrmals geändert, d. h. hinaufgesetzt werden.** In den Markthallen hat der Kleinhandel einen Kursdienst eingerichtet, der zu lebhaften Protesten des Publikums Anlaß gab. Der Käufer bemächtigte sich Verzweiflung und es kommt tagtäglich zu erregten Szenen. Das Berliner Polizeipräsidium ist nun zu der Ansicht gekommen, daß diesem Treiben energisch Einhalt geboten werden müsse. Heute hat es neue Anweisungen gegeben, die von nun an strikte durchgeführt werden sollen. Das Grundprinzip ist, daß der Kleinhandel sich von nun an 24 Stunden lang an die einmal festgesetzten Preise zu binden habe.

Die Berliner Presse zur Kanzlerrede.

Die Rede des Reichskanzlers wird in ihrer großen inner- und außenpolitischen Bedeutung eingehend gewürdigt. In allen Blättern wird die Offenheit des Kanzlers hervorgehoben und die große Tragweite des Angebotes einer Verpfändung des deutschen Privatbesitzes betont. Niemand weiß heute, ob eine Verständigung auf dieser Basis möglich ist, und da es in Deutschland kaum einen Politiker gibt, der nicht einen ehrenvollen Ausgleich mit Frankreich als ein Ziel, aufs innigste zu wünschen, anfleht, so scheidet sich die Kritik in optimistische Stimmen, die eine solche Verständigung trotz aller bitteren Erfahrungen für möglich halten, und solche, die angesichts der rein machtpolitischen Ziele Poincarés von deutschen Angeboten nur eine Schwächung der deutschen Widerstandskraft und weitergehende Pläne Frankreichs befürchten. Eins steht aber fest, daß nämlich das weit über den Versailler Vertrag hinausgehende Anerbieten Stresemanns das letzte, allerletzte Mittel ist, das uns zur Verfügung steht, den Ruhrkonflikt auf dem Wege der Verständigung zu lösen. Das hat auch das Organ Dr. Stresemanns, „Die Zeit", am Vorabend der letzten Rede betont. Daß er aber mit diesem letzten Angebot schon zu weit gegangen ist, ist das gewichtige Bedenken der „Kreuzztg.", die, wie auch die übrigen deutschnationalen Blätter, den von Stresemann aufgestellten produktionspolitischen Forderungen im allgemeinen zustimmt. Das Blatt schreibt u. a.:

„Dr. Stresemann will also trotz aller üblen Erfahrungen, die wir schon in den Zeitläuften der Erfüllungspolitik machten, auch dieses letzte, was das deutsche Volk noch besitzt, in das bodenlose Faß unserer Opfer werfen. Denn eine Zuversicht, daß wir damit die Freiheit deutschen Landes erkaufen, hat er keineswegs, nur unbestimmte Hoffnungen, die uns, namentlich nach den letzten Nachrichten aus Paris, noch geringere Aussichten als zuvor zu haben scheinen. Wirtschaftspolitik gegen Machtpolitik, auf dieser Formel bewegt sich Dr. Stresemanns Verständigungspolitik. Wir haben schon oft genug vom realpolitischen Standpunkt aus die Utopie einer solchen Lösung zerstören müssen. Und wird denn unsere kranke Wirtschaft überhaupt eine solche Belastung tragen können? Ihre Opferbereitschaft ist vorhanden. Aber wenn erst die Reparationskommission mit in dieser Treuhandgesellschaft sitzt, liegt es doch auf der Hand, daß die Erdrosselungspolitik Poincarés ein neues Feld findet."

Die „Deutsche Tagesztg." urteilt: „Mit entschiedener Klarheit betonte der Kanzler, daß Deutschland in der territorialen Frage, auch hinsichtlich seiner Souveränitätsrechte, keine Zugeständnisse machen könne. Hinsichtlich der materiellen Opfer aber, die die deutsche Wirtschaft für Reparationszwecke bringen könnte, huldigte der Herr Reichskanzler offenbar einem Optimismus, der größte Bedenken erregen muß. In seinen konkreten Plänen dazu ist er allem Anschein nach den Vorschlägen à la Rechberg so nahe gekommen, daß die allgemeinen Bedenken nur noch außerordentlich vermehrt werden können."

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hebt hervor, das von Stresemann formulierte deutsche Angebot an Frankreich sei von unzweideutiger Form. Poincaré müsse sich jetzt darüber klar werden, ob er dieses reale Angebot annehmen oder ob er dem Verderben weiter seinen Gang lassen wolle. Das deutsche Angebot, das für die deutsche Wirtschaft und für die gesamte Nation eine furchtbar drückende Last darstelle, sei nur durchführbar, wenn Deutschland die souveräne Verfügung über Rhein, Ruhr und Saar wieder erhalte.

Die „Zeit" unterstreicht den ernsthaften Willen der Reichsregierung, keine materiellen Opfer zu scheuen, um sobald wie möglich dem Rhein- und Ruhrgebiet die Arbeitsmöglichkeit und Arbeitsfreiheit sowie dem Reiche selbst die Verfügungsgewalt über diese Gebiete zurückzugewinnen. Die deutsche Wirtschaft und das gesamte deutsche Volk ständen dabei hinter der Regierung.

Die „Germania" betont die Bereitwilligkeit des deutschen Volkes, die vom Reichskanzler angebotenen schweren Opfer auf sich zu nehmen und Frankreich in den Besitz von Zahlungen zu setzen. Mit dem Plane des Kanzlers, der diese Zahlungen ermögliche, und mit den größten Garantien ausstatte, seien die Wege zur Verständigung frei. Wenn Poincaré zu seinem Wort stehe, daß er nur Bezahlung und keine Annexion wolle, seien die Grundlagen für eine Vereinbarung getroffen.

Das „B. T." unterstreicht die Bedeutung der Rede, die durch die Anwesenheit sämtlicher in Berlin weilenden Mitglieder des Kabinetts als ein bedeutsamer Regierungsakt gekennzeichnet worden sei. Ob durch die bedeutsame Kundgebung, so schreibt das Blatt, die Unterhaltung zwischen Paris und Berlin einen wesentlichen Schritt weitergeführt werden kann, muß abgewartet werden.

Die „Voss. Ztg." faßt ihr Urteil über die Rede in folgenden Worten zusammen: „Die ganze Rede des Reichskanzlers atmet den Willen zu einer Verständigung mit Frankreich. Auch die maßgebenden Persönlichkeiten in Frankreich müssen sich von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß es jetzt gilt, den Frieden zu wollen und ihn zu erhalten, daß es darauf ankommt, durch eine Politik der Gerechtigkeit die nationalen Leidenschaften zu beschwichtigen und damit eine Garantie für den wirklichen Frieden zu geben."

„Deutschland kapituliert nicht, um nachher zu verhandeln, sondern es verhandelt, um nicht zu kapitulieren," sagt der „Vorwärts", der sich im übrigen mit folgenden Worten an die Adresse Frankreichs wendet: „Frankreich ist vor die Frage gestellt, ob es lieber über einen Teil Deutschlands herrschen oder ob es bezahlt sein wolle. Die französische Regierung habe stets erklärt, sie wolle keine Annexionen, sondern Bezahlung. Wenn sie ihr Wort wahr machen will, dann sind wir auf dem Wege zu einer Verständigung. Andernfalls aber marschieren wir in den totalen Ruin und in Zustände hinein, die nicht nur Deutschland und Frankreich, sondern alle Völker zu verhüten ein dringendes Interesse haben." — Zu den Stresemannschen Forderungen der Produktionssteigerung schreibt das Blatt: „Daß die Lösung der außenpolitischen Fragen auch den Massen der arbeitenden Bevölkerung schwere Lasten auferlegt, ist nicht zu vermeiden. Ihre Vertreter in der Regierung werden aber dafür zu sorgen haben, daß ein erträgliches Maß gewahrt bleibt. Die Steigerung der Produktion innerhalb des zur Erhaltung der Volksgesundheit notwendigen Achtstundentages wird als Notwendigkeit allgemein anerkannt. Auch Herr Dr. Stresemann, der die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des inneren Marktes anerkannt hat, wird gewiß nicht glauben, daß durch Ueberarbeit und Unterernährung gesicherte Zustände nach innen und außen geschaffen werden könnten. Wo solche Tendenzen dennoch zutage treten sollten, wird es die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, ihnen entgegenzutreten."

Ein Wechsel in der sächsischen Gesandtschaft in München.

München, 13. Sept. Wie es heißt, ist der frühere kommunistische, jetzt sozialdemokratische Abgeordnete im sächsischen Landtag Otto Graf in die sächsische Gesandtschaft nach München berufen worden. Der bisherige Geschäftsträger von Dziembowski hat einen Urlaub angetreten. Hier wird die Vermutung ausgesprochen, daß entsprechend der politischen Einstellung der jetzigen Regierung auch ihre Vertretung in Bayern in das linksradikale Fahrwasser geleitet werden soll.